

Student\_innenRat der  
Universität Leipzig

Referat für Hochschulpolitik  
Universitätsstraße , 04109 Leipzig

Tel.: 0341 – 97 37 850

E-Mail: [hopo@stura.uni-leipzig.de](mailto:hopo@stura.uni-leipzig.de)



Leipzig, den 14. Oktober 2019

## Pressemitteilung:

Der Student\_innenRat der Universität Leipzig (StuRa) schließt sich dem Offenen Brief „Für eine Wende in der sächsischen Bildungspolitik“ an. In dem Schreiben wenden sich 14 Interessenvertretungen und Organisationen aus Bildung und Kultur an CDU, Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Die drei Parteien hatten am Wochenende entschieden, in Koalitionsverhandlungen einzutreten.

Die Unterzeichnenden des Offenen Briefes kritisieren die einseitige Orientierung der sächsischen Bildungspolitik an den Kriterien sogenannter Leistungsvergleichsstudien wie zum Beispiel der PISA-Studie. Sie fordern den Ausbau von politischer, sozialer, kultureller und historischer Bildung in allen Ausbildungsgängen von der Grundschule über die Berufsausbildung bis zum Hochschulstudium. Dies sei notwendig, um gegenwärtigen Entwicklungen, wie dem hohen öffentlichen Zuspruch zu rechtsextremen und menschenfeindlichen Positionen in Sachsen und Deutschland etwas entgegenzusetzen.

„Die aktuellen politischen Entwicklungen in Deutschland lassen uns nicht kalt. Im StuRa diskutieren wir regelmäßig darüber, welche Rolle Bildung und Wissenschaft für die demokratische und soziale Entwicklung der Gesellschaft spielen. Wir sind uns bewusst, dass nicht alle gesellschaftlichen Probleme bildungspolitisch zu lösen sind. Wir sind uns aber ebenso sicher, dass die Bildungsinstitutionen die Aufgabe haben, demokratisches Bewusstsein zu fördern.“, erklärt Carl Bauer, Referent für Hochschulpolitik des StuRa.

„Für die Hochschulen und Universitäten bedeutet dies, dass historische und politische Bildung Teil jedes Studienganges sein sollte. Auch Naturwissenschaftler\_innen, Ingenieur\_innen, Lehramts-, Medizin- und Jurastudierende sollten sich im Laufe ihres Studiums regelmäßig und ernsthaft mit Fragen von Demokratie und Gesellschaft auseinandersetzen“, ergänzt Lukas Gliem, ebenfalls Referent für Hochschulpolitik.

Die Unterzeichnenden des Offenen Briefes fordern darüber hinaus die stärkere Thematisierung von Diskriminierung und sozialer Ungleichheit in der Aus- und Weiterbildung von Pädagog\_innen, die Förderung von persönlichem Engagement neben dem Beruf und der Ausbildung, die Abschaffung von Zugangshürden im Bildungsbereich, längeres gemeinsames Lernen, den Ausbau des Studiums ohne Abitur, die Umwandlung prekärer Arbeitsverhältnisse im Bildungs- und Wissenschaftsbereich in gut bezahlte und unbefristete Anstellung sowie den Ausbau von Mitbestimmungsrechten in den Bildungsinstitutionen.